

Medienmitteilung

Ja mit Vorbehalten zur Teilrevision des Gesetzes über Ausländerinnen und Ausländer

Solothurn, 27. August 2012 – Der Regierungsrat unterstützt in seiner Vernehmlassungsantwort an das Bundesamt für Migration die Revision des Gesetzes über Ausländerinnen und Ausländer nur teilweise. Den Sanktionen gegen Transportunternehmen („Carrier Sanctions“) und den Verbesserungen des Passagier-Informationssystem (API-System) stimmt er zu. Die geplante Neuordnung der Subvention von Ausschaffungshaftplätzen lehnt er hingegen ab.

Mit der Revision werden die Transportunternehmungen verstärkt in die Pflicht genommen. Zugleich wird das Informationssystem über die transportierten Passagiere angepasst. Der Regierungsrat unterstützt diese beiden Massnahmen.

Weiter ist die Neuordnung der Subvention von Ausschaffungshaftplätzen in den Kantonen geplant. Gemäss Vorschlag will der Bund nur noch Anstalten subventionieren, die mindestens 100 Ausschaffungsplätze aufweisen. Zu diesem Zwecke sollen sich die Kantone in Konkordaten organisieren. Der Regierungsrat lehnt diesen Vorschlag mit Blick auf den erhöhten Zeitbedarf und das aufwändige Verfahren ab.

In diesem Zusammenhang bemängelt er die Abgeltung der Kosten der Ausschaffungshaft. Heute übernimmt der Bund 140 Franken pro Insassentag, was nur 56% der betriebswirtschaftlichen Kosten entspricht.